

Die Stadtverordnetenversammlung - Haupt- und Finanzausschuss -

Tagesordnung I Punkt 75.2 der öffentlichen Sitzung am 5. November 2019

Vorlagen-Nr. 19-F-21-0048

Doppelhaushalt 2020/2021

- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 06.11.2019 -

Der Doppelhaushalt für die Jahre 2020 und 2021 muss einen Ausgleich schaffen zwischen den in dieser Höhe bisher nie artikulierten weiteren Bedarfen und den ebenfalls hohen, aber dennoch deutlich hinter den Bedarfen zurückstehenden verfügbaren Mitteln.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mit dem vorliegenden Antrag einen Haushalt, der die vorhandenen Ressourcen für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung der Landeshauptstadt Wiesbaden zur Verfügung stellt.

Der Ausschuss wolle beschließen:

- 1. Es werden die in der Anlage 1 aufgeführten Beträge den entsprechenden Budgets der genannten Haushaltsbereiche in CO-, Instandhaltungs- und IM-Haushalt zugesetzt.
- 2. Die Einnahmeerwartungen des vorliegenden Haushaltsentwurfs werden bei der Gewerbesteuer um 10 Mio. € pro Haushaltsjahr angehoben.

Der Magistrat wird beauftragt,

die Arbeit an der seit den Beratungen zum letzten Doppelhaushalt bestehen AG- Struktur fortzusetzen und in der AG Haushalt nach Jahresabschluss 2019 die Frage des zukünftigen Umgangs mit Überleitungsmitteln zu beraten.

Rechtzeitig vor den Beratungen des Doppelhaushaltes 2022/23, gemeinsam mit der Stadtverordnetenversammlung ein Konzept zu erarbeiten, das in der Weiterentwicklung der umgesetzten "Dezentralen Ressourcenverantwortung" die notwendigerweise zentralen Ressourcen und Aufgaben beschreibt und Vorschläge zur strukturellen Umsetzung beinhaltet.

Beschluss Nr. 0361

Der Antrag wird angenommen.

Die differenzierte Beschlussfassung zu Nr. 1 erfolgt zum Antrag Nr. 19-F-21-0047 "Anträge der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 04.11.2019 zu den Haushaltsplanberatungen im Haupt- und Finanzausschuss am 05. und 06.11.2019" unter der Beschlussnummer 0265.

Seite: 1/2

Frau Stadtverordnetenvorsteherin mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2019

Belz

Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin Wiesbaden, .11.2019

Dem Magistrat mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

Gabriel

Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat Wiesbaden, .11.2019

- 16 -

Dezernat III mit der Bitte um weitere Veranlassung

Mende

Oberbürgermeister

Seite: 2/2